

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Professor Dr. Horst Ehmke
MdB, Stellvertretender
Vorsitzender der SPD-Bun-
destagsfraktion, würdigt
die Bereitschaft der Welt-
mächte wieder miteinander
über Abrüstung zu spre-
chen: Überfällig.

Seite 1

Anke Fuchs MdB, Vorsitzen-
de der Sozialpolitischen
Kommission beim SPD-Par-
teivorstand, fordert die
Pflegeversicherung für
alle: Risiken besser ab-
sichern.

Seite 2

Horst Grunenberg MdB, Ob-
mann der Arbeitsgruppe
Meerespolitik der SPD-Frak-
tion im Deutschen Bundes-
tag, wertet die Ausein-
andersetzungen um die See-
rechtszeichnung: Spreng-
stoff der Wende-Koalition.

Seite 3

Dr. Liesel Hartenstein MdB,
Mitglied des Innenausschus-
ses des Deutschen Bundes-
tages, kommentiert das Tau-
ziehen um den Katalysator:
Industrie kann mehr als
Bonn will.

Seite 5

39. Jahrgang / 226

23. November 1984

Überfällig

Zur Einigung der Supermächte, neue Abrüstungsgespräche aufzunehmen

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Einigung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, im Januar neue Gespräche über Rüstungskontrolle aufzunehmen und diese Gespräche durch ein Treffen zwischen den Außenministern Shultz und Gromyko einzuleiten, ist zu begrüßen.

Die Wiederaufnahme dieser Gespräche ist überfällig.

Durch beiderseitig überzogene Verhandlungspositionen ist inzwischen wertvolle Zeit verlorengegangen. Die Aufstellung neuer Raketen, die Entwicklung neuer Waffen einschließlich konventioneller Cruise Missiles, die amerikanischen Pläne zur Militarisierung des Weltraums haben die Ausgangslage für diese Gespräche nicht erleichtert. Sie haben vielmehr neue Probleme, insbesondere auch im Zusammenhang mit Fragen der Verifikation geschaffen. Die Chance, die die Formel des sogenannten Waldspazierganges für einen fairen Kompromiß über Mittelstrecken-Raketen eröffnet hätte, ist vertan worden.

Für einen Neubeginn ist der vom amerikanischen Präsidenten gewählte globale Ansatz für künftige Rüstungskontrollverhandlungen zu begrüßen. Damit wird die von der Sozialdemokratischen Partei vertretene Meinung bestätigt, daß europa-bezogene Nuklearwaffen nicht isoliert, sondern nur gemeinsam mit den zentralstrategischen Waffen verhandelt werden können. Auch die MBFR-Verhandlungen müßten in eine Gesamtbetrachtung über die Sicherheit in Europa einbezogen werden.

Dieser Ansatz darf freilich nicht dazu führen, die Verhandlungsposition des Westens von vornherein künstlich zu komplizieren und dadurch Aussichten auf Verhandlungsergebnisse für lange Zeit zu blockieren.

Auf dem vor uns liegenden Weg erwarten uns viele Hindernisse und Gefahren. Dennoch müssen wir diesen Weg gehen. Zeit und Chancen sind bereits genug vertan worden.

(-/23.11.1984/ks/rs)

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Pflegeversicherung für alle

Das Risiko der Pflegebedürftigkeit muß besser abgesichert werden

Von Anke Fuchs

Vorsitzende der Sozialpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

Das Risiko der Pflegebedürftigkeit bedarf dringend einer besseren sozialen Absicherung. Die Bundesregierung hat bisher keine konkrete Antwort gegeben. Sie will es offensichtlich dabei belassen, daß Pflegebedürftige weitgehend von Sozialhilfe abhängig bleiben. Dies jedoch ist keine Lösung. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt immer mehr zu. Auch der Anteil pflegebedürftiger Mitbürger steigt immer weiter an.

Seit über zehn Jahren wird über das Pflegekostenproblem diskutiert. Über die Maßnahmen, die zur Bewältigung dieses Problems nötig sind, herrscht in der Fachwelt weitgehend Einigkeit:

- Ausbau ambulanter sozialer Dienste, damit pflegebedürftige Menschen solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.
- Erleichterung der Pflege durch Angehörige mittels Zahlung eines Pflegegeldes und Anerkennung der Pflegezeiten in der Alterssicherung.
- Verbesserung des Gesundheitszustandes kranker, behinderter und alter Menschen, damit sie sich besser und länger selbst helfen können.
- Verbesserung der personellen Situation in den Heimen, damit dem einzelnen Pflegebedürftigen mehr und besser geholfen werden kann.

All dies kostet natürlich Geld und ist nicht zum Nulltarif zu haben. Zur Finanzierung werden im wesentlichen zwei Wege erörtert: Der Weg der Steuerfinanzierung und der Weg, dieses Risiko über eine Versicherung abzudecken.

Nach einer intensiven Diskussion über diese unterschiedlichen Wege spricht sich die Sozialpolitische Kommission beim Parteivorstand der SPD für eine Pflegeversicherung für alle aus. Da jeder, ob alt oder jung, von heute auf morgen auf Dauer pflegebedürftig werden kann, soll auch jeder dieser Versicherung angehören. Wenn jeder Bürger aus seinem steuerpflichtigen Einkommen einen Beitrag zu dieser Versicherung leistet, kann die Belastung des einzelnen gering gehalten werden.

Einigkeit bestand in der Sozialpolitischen Kommission auch darüber, daß Sozialdemokraten keiner Lösung zustimmen können, bei der nur die abhängig beschäftigten Arbeitnehmer allein die Kosten für alle anderen mitzutragen hätten. Nur eine umfassende Pflegeversicherung für alle ist gerecht. Sozialdemokraten in Bund und Ländern wollen diesen Weg nunmehr gemeinsam gehen. (-/23.11.1984/rs/fr)

+ + +



Sprengstoff der Wende-Koalition

Zu den Auseinandersetzungen um die Seerechts-Zeichnung

Von Horst Grunenberg MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Meerespolitik der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Wer hätte das gedacht? Die Seerechtskonferenz, das Seerechtsübereinkommen, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, ein Ereignis, mit welchem sich Politiker beschäftigen, die nicht selten eher als politische Exoten angesehen wurden, gerät zum politischen Sprengstoff der Wende-Koalition.

Zunächst war es eher ein Streitpunkt in der FDP alleine. Da kämpfte der für die Verhandlungen der III. UN-Seerechtskonferenz federführend zuständige Bundesaußenminister gegen seine Parteifreunde und Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff und Bangemann für die Zeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen. Herr Genscher hatte ja schließlich die Zeichnung des Übereinkommens noch während der sozialliberalen Regierungszeit, aber auch gleich nach der Wende 1982 verantwortlichen UN-Leuten zugesagt. Kanzler Kohl, aus seinem parlamentarischen Umfeld schlecht beraten, bremste dann für zwei Jahre und verhinderte damit bundesdeutschen Einfluß auf die UN-Vorbereitungskommission für den Tiefseebergbau und den Seerechtsgerichtshof, weil er nicht nur weder Lambsdorff noch Genscher auf die Füße treten mochte, sondern weil er auch dem US-Präsidenten Reagan Versallen-Treue bekunden wollte.

So läßt dann Bundeskanzler Kohl den Mann, der ihm zur Kanzlerschaft verholfen hatte, auf einen für die Bundesrepublik wichtigen außenpolitischen Feld nicht nur im Regen stehen, sondern bescheinigt ihm, der fast seit Anbeginn der III. UN-Seerechtskonferenz als Minister bis heute federführend zuständig ist, eine Kette von verhandlungspolitischen Mißerfolgen produziert zu haben. Die Logik läßt diese Interpretation zu, denn das Seerechtsübereinkommen wurde im Konsensusverfahren und nicht durch einzelne Abstimmungen ausgehandelt. Es wurde also niemand überstimmt und Konsens bedeutete, wenn kein Einspruch mehr zu vorliegenden Texten erfolgte. Verhandlungserfolge außerhalb des umstrittenen Tiefseebergbauteils zählen nicht!

Der Tiefseebergbauteil fällt in das Ressort des Wirtschaftsministers. Doch aus diesem Ressort kamen während der ganzen Verhandlungen weder konkrete noch konstruktive Vorschläge. Man hielt sich streng an die Wünsche der "Arbeitsgemeinschaft Meerestechnisch gewinnbare Rohstoffe" (AMR), einem Zusammenschluß der Firmen Preussag, Metallgesellschaft und der deutschen Schacht- und Tiefbohr einer Salzgitter-Tochter (letzere ist bereits aus der AMR ausgestiegen). Die AMR bildet mit SEDCO, USA, INCO, Kanada, DOMCO, Japan, das internationale Konsortium OMI mit Sitz auf den Bahamas. Während die OMI 1978 den ersten Förderversuch im Pazifik mit Hilfe der in Deutschland entwickelten, vom Forschungsminister überwiegend finanzierten Fördertechnologie erfolgreich war und Weltspitzenstellung einnahm, wurde es danach still. Nicht zuletzt durch die Weigerung der Kanadier, die ihre Verhüttungstechnik für sich behielten aus Angst vor der entstehenden Konkurrenz zu ihren einheimischen Bodenschätzen.

Das Taktieren des Wirtschaftsressorts, von den jeweiligen Tagesinteressen der AMR geleitet und nicht durch ein zielgerichtetes Konzept, führte in der Bundesrepublik zu dem bekannten ordnungspolitischen ideologischen Streit, hinter dem sich die AMR mit ihrem finanziellen Unvermögen, auf einem eigenen Feld Tiefseebergbau zu betreiben, verbirgt. Dieses Feld hätte sie, wie Japan und Frankreich, am Ende der Seerechtskonferenz mittels Anmeldung in der Resolution II haben können. Es war eine Überraschung für Insider, als im Sommer diesen Jahres die beiden AMR-Firmen an Wirtschaftsminister Bangemann schrieben, daß sie für die Zeichnung des Seerechtsübereinkommens sein könnten, wenn sie als Pionierinvestor mit einem eigenen Feld ausgestattet, noch von der Vorbereitungskommission anerkannt werden. Das Unmögliche geschah. Aus Genf kam das verschlüsselte Okay. Als aber dann Ende Spetember, Anfang Oktober die AMR und Bangemann



das Ergebnis erörterten, gab es erneut einen Rückzieher, und Bangemann lehnte die Zeichnung der Konvention erneut ab, angeblich wegen der Gefahren einer neuen Weltwirtschaftsordnung. So kann sich die AMR weiter hinter der Regierungspolitik verstecken, ohne wegen der verpulverten Steuermillionen Rechenschaft abzulegen für eine entwickelte Technik, die allen OMI-Konsortialpartnern zur gefälligen Bedienung zur Verfügung steht.

Es ist auch von der AMR nicht der leiseste Ton eines Protestes zu hören, daß im Falle der Nichtzeichnung der Konvention das in Aussicht stehende Abbaufeld verlorengehen könnte. So wackelt der (stumme)-Schwanz AMR fröhlich mit dem Hund Bundesregierung weiter und der in der Genfer Session der Vorbereitungskommission erzielte Verhandlungserfolg des Außenministers ist somit im Papierkorb gelandet. Damit wurde und wird Genscher erneut vor der UNO blamiert. Sein sich Aufbäumen in der letzten Woche brachte keinen Erfolg. Der Bundeshauptausschuß der FDP, das höchste Parteigremium zwischen den Parteitagen, mochte nicht über dieses Problem abstimmen, um Bangemann nicht zu desavouieren, denn Genscher hätte für seine Linie eine Mehrheit bekommen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, aufgeschreckt durch einen Brief des USA-Präsidenten an Kohl mit der Aufforderung, die Zeichnung der Konvention zu unterlassen, votiert mehrheitlich gegen die Zeichnung, nicht zuletzt auch, um Genscher einen Tritt zu verpassen und aus einem gewissen Unmut über die Aufmüpfigkeit einiger FDP-Fraktionsmitglieder.

Die Zerstrittenheit der Koalition und die Unfähigkeit der Regierung in der Meerespolitik sollen nun mit einem genialen Schachzug übertüncht werden. Die EG soll nicht daran gehindert werden, das Seerechtsübereinkommen zu zeichnen. Damit sollen die Deklamationen für Europa, Genschers Verhandlungslinie während der Seerechtskonferenz zugunsten der EG, Bangemanns frühere Haltung im Europaparlament und Frankreichs und der Einstellung anderer EG-Staaten zur Konvention Rechnung getragen werden, ohne die Mahnung Reagans zu mißachten.

In der Praxis bedeutet es, daß die EG das Verhandlungsmandat für die Bundesrepublik in der Vorbereitungskommission übertragen bekommt, ähnlich dem Fischereiregime, Frankreich als Haupt-EG-Staat somit ein weiteres Sprachrohr für seine dem Druck zum Protektionismus und Dirigismus nicht abholde Wirtschaftspolitik erhält und die EG Wirtschaftspolitik - von der Dritten Welt als Musterbeispiel für eine neue Weltwirtschaftsordnung gepriesen - ihren Einzug in die Vorbereitungskommission für die Meeresbodenbehörde, dem Tiefseebergbau und dem Seerechtsgerichtshof hält.

In Anbetracht dieser Perspektive muß man sich fragen, ob bei der Wendepolitik zuviel Ratten auf dem Speicher sind.

Helmut Kohl wird Ende November in Washington dem US-Präsidenten Vollzug melden können. Lästermäuler behaupten, daß er dafür mit dem Titel des 51. (Ehren)-Gouverneurs versehen aus den USA zurückkehren wird.

Hans-Dietrich Genscher aber wird zukünftig vor den Vereinten Nationen nicht mehr als schmuckes Vollschiff gelten, sondern als abgetakelter Viermaster vor sich hindümpeln.
(-/23.11.1984/ks/rs)

+ + +



Tauziehen um den Katalysator

Die Auto-Industrie kann mehr, als die Bundesregierung will

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Abgasentgiftung im Kfz-Bereich stümperhaft und umweltschwerpolitisch unzureichend sind, dann wurde er jetzt erbracht: Nicht nur der Bundesrat verlangte Nachbesserungen, auch die Automobilhersteller selbst erklärten reihenweise, sie würden nicht erst 1986, sondern noch im Jahre 1985 eine breite Palette von Katalysatorwagen anbieten. Beispiel Opel: das Werk in Rüsselheim will im Laufe der nächsten zehn Monate alle seine Modelle mit Katalysator anbieten.

Die Bundesregierung wird Rechenschaft darüber ablegen müssen, warum sie mit den jetzigen Gesetzentwürfen nicht nur eine Spätgeburt, sondern auch noch eine arg verkrüppelte Mißgeburt in die Welt setzt.

Die SPD-Fraktion sieht sich in ihrer Auffassung bestätigt, daß nur eine geschlossene Paketlösung dem sterbenden Wald wirklich helfen und zugleich die Verunsicherung in der Automobilwirtschaft beenden kann.

1. Zusätzlich zur Steuerbefreiung, in gestaffelter Form, für neue Katalysatorwagen müssen auch umgerüstete Altwagen in die Steuerermäßigung einbezogen werden. Mindestbedingung ist eine Schadstoffreduzierung um 50 Prozent, wie sie heute schon durch Einbau einer Abgasrückführungsanlage, also auch ohne Katalysator, erreichbar ist.

Die Steuerermäßigung - und damit der Gebrauchtwagenwert des umgerüsteten Altwagens! - muß umso höher liegen, je höher der Grad der Abgasentgiftung ist.

Zu erwartender Effekt:

- a) Umrüstung von schätzungsweise fünf bis sieben Millionen Altfahrzeugen bis 1987,
- b) schnellere Ausmusterung der Altwagen ohne Katalysator oder mit geringem Entgiftungsgrad.



2. Bleifreies Benzin muß deutlich billiger sein (mindestens drei bis vier Pfennig) als bleihaltiges. Die Senkung der Mineralölsteuer um zwei Pfennig pro Liter (Regierungsvorlage) ist daher ungenügend. Der umweltbewußte Autofahrer muß an der Tankstelle eine "Belohnung" erhalten, indem seine Rechnung kleiner ausfällt als die für die gleiche Menge verbleiten Sprits.

3. Auch für Diesel-Pkw's sollte ein Steuerbonus gewährt werden, sofern sie die US-Abgasgrenzwerte bereits erfüllen. Dies gilt erst recht dann, wenn sie den strengerem, in den USA ab 1987 in Kraft tretenden Vorschriften heute schon entsprechen.

4. Festlegung eines verbindlichen Termins, nach dem keine Neuwagen ohne 90prozentige Abgasentgiftung mehr zugelassen werden, bleibt unabdingbare Forderung. Nach Aussagen mehrerer Automobilhersteller wäre sogar der 1. Januar 1986 noch einhaltbar, mindestens aber der 1. Oktober 1986 mit Beginn des neuen Modelljahres. Die Verzögerungstaktik der Bundesregierung räumt die EG-Problematik keineswegs aus, beschleunigt aber das Sterben des Waldes.

5. Artikel 36 des EWG-Vertrages kann nach Auffassung kompetenter Juristen im nationalen Alleingang zum Schutze von Natur und Gesundheit dann angewandt werden, wenn die Regierung bereit ist, auch mildere Maßnahmen, die nicht in EG-Recht eingreifen, anzuwenden, zum Beispiel die Einführung eines Tempolimits. Damit würden ab sofort 180 bis 200.000 Tonnen Stickoxide aus der Luft entfernt. Die SPD-Fraktion hat dazu am 3. Oktober 1984 einen Antrag vorgelegt.

6. Ein Konzept zur Entgiftung der Nutzfahrzeuge (Lkw's und Busse) ist überfällig. Allein die Brummis stoßen pro Jahr cirka 500.000 Tonnen Stickoxide aus und tragen damit erheblich zur Luftverpestung und zum Waldsterben bei. Wenn zudem ein Teil des Schwerlastverkehrs auf die Schiene verlagert würde, könnte eine weitere spürbare Reduzierung der Luftverschmutzung erreicht werden.

Was dem Wald und der Wirtschaft nützt, sind klare politische Vorgaben. Dazu hat die Bundesregierung offenbar nicht die Kraft. Flotte Wortakrobatik kann politisches Handeln nicht ersetzen. Ein schlüssiges nationales Konzept würde aber bei den unbestritten schwierigen EG-Verhandlungen die Position der Bundesregierung nicht schwächen, sondern stärken.

(-/23.11.1984/ks/rs)

+ + +



„Wie macht man eine Satireplatte auf Helmut Kohl? Man läßt Helmut reden“

(DER SPIEGEL)

Beim Wort genommen haben die Kabarettisten Elke Heidenreich (besser bekannt als Metzgersgattin Elke Stratmann aus Wanne-Eickel), Stephan Wald (als täuschend ähnlicher Helmut Kohl) und Thomas Freitag alias F.J.S. den Bundeskanzler („Es gibt die Flucht in Wortreichtum, um nichts mitzuteilen“).



„Der Sprachgewalt Kohls traut ohnehin jeder alles zu.

Das schlachten die Plattenproduzenten ... unbarmherzig aus. Sie zeichnen keine Karikatur auf Kohls Politik, was auch verdientvoll wäre, sondern ein Psychogramm ‚in seiner eigenen Sprache‘ ... Das ist kein Originalton, aber echt. Die Realität ist die Satire ...“

DER SPIEGEL

v. 12. November 1984

Kohl-Plattencover
„Flucht in Wortreichtum“



BESTELLSCHIN

Ich bestelle per Scheck (beiliegend) per Nachnahme

Exemplar(e) **ICH BIN KOHL, MEIN HERZ IST REIN
– DIE PLATTE ZUR WENDE.**

DM 18,- (zuzügl. DM 2,50 Porto und Verpackung)

Name und Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Datum und Unterschrift

RILLENSCHLANGE / KliG Produktion, Postfach 225, 3205 Bockenem